

Boss, Alfred

Article — Digitized Version

Deutschland: Konjunktur flaut schon wieder ab

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred (2004) : Deutschland: Konjunktur flaut schon wieder ab, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 255-275

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3370>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2004, Heft 3

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

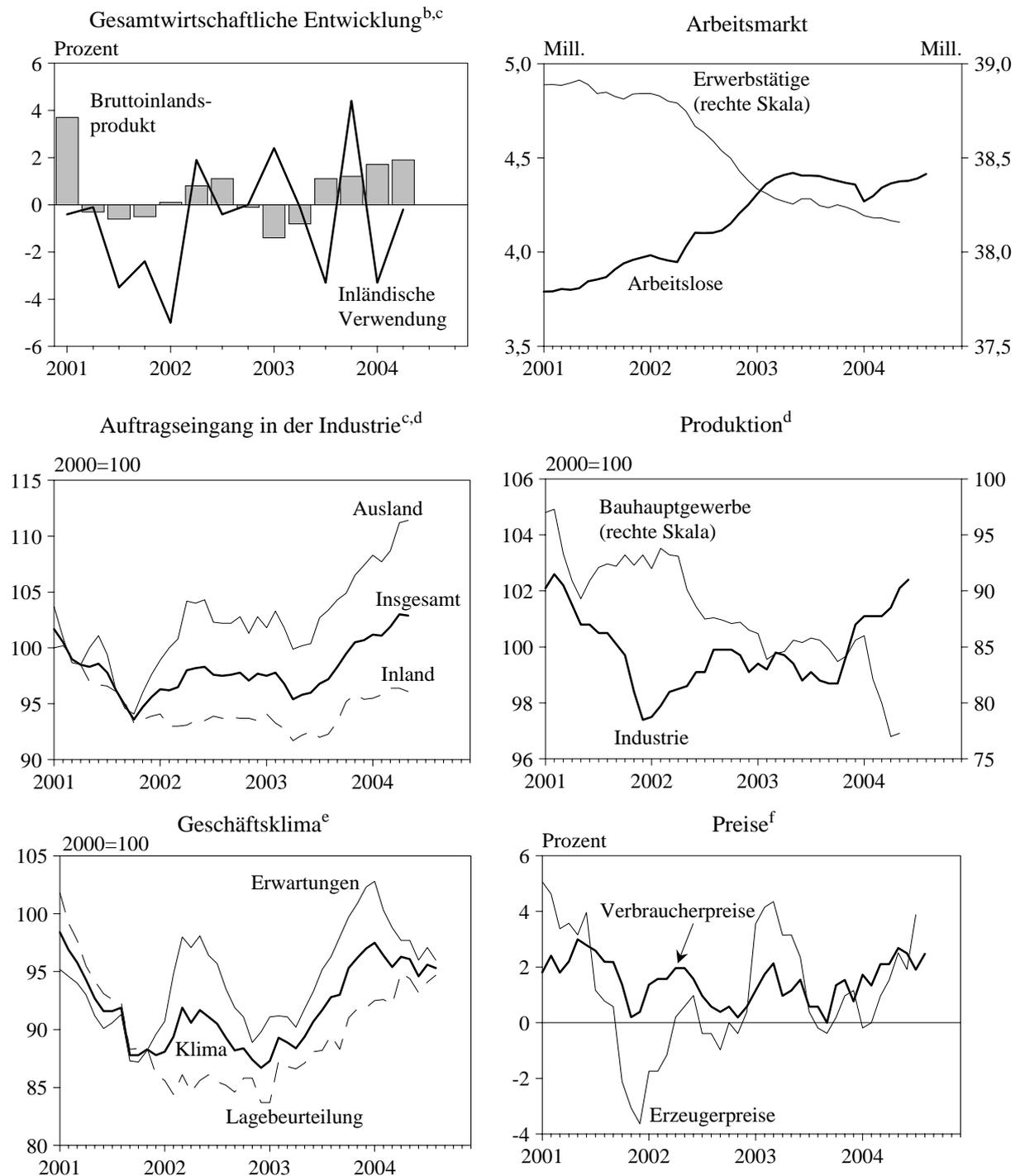
Deutschland: Konjunktur flaut schon wieder ab

Von Alfred Boss, Annette Kamps, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Deutschland hat im Frühjahr 2004 nochmals etwas an Fahrt gewonnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 1,9 Prozent, nachdem es im ersten Quartal bereits mit 1,7 Prozent zugenommen hatte (Abbildung 1). Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung hat sich damit in der ersten Jahreshälfte erstmalig seit Anfang 2001 wieder erhöht. Die Belebung ist allerdings nach wie vor nicht breit abgestützt, sondern beruht ausschließlich auf dem Anstieg der Auslandsnachfrage. Der Export nahm im zweiten Quartal erneut mit einer zweistelligen Jahresrate zu, wenn auch weniger stürmisch als zuvor, da die Wirtschaft der Handelspartner im übrigen Euroraum und in den Vereinigten Staaten etwas langsamer expandierte. Die Binnennachfrage ging leicht zurück. Von einem Ende der seit drei Jahren andauernden Konsumflaute kann angesichts eines Zuwachses der privaten Konsumausgaben von lediglich 0,3 Prozent (laufende Jahresrate) nicht gesprochen werden. Deutlich rückläufig waren abermals die Investitionen; bei annähernder Stagnation der Nachfrage nach Ausrüstungen und sonstigen Anlagen nahm die Nachfrage nach Bauleistungen weiter ab.

Für das dritte Quartal deuten die Indikatoren auf eine leichte Abschwächung der Auftriebskräfte hin. So lagen die Industrieproduktion und die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe im Juni unter ihrem Durchschnitt vom zweiten Quartal. Die Einschätzung der Geschäftslage durch die Unternehmen hat sich nach einem Rückgang im Juli und August wieder verbessert und war zuletzt etwa so günstig wie im April. Baugenehmigungen und -aufträge deuten auf eine weitere Abnahme der Bauproduktion hin. Dämpfend auf die Konjunktur dürfte im dritten Vierteljahr der erneute kräftige Anstieg der Mineralölpreise gewirkt haben.

Abbildung 1:

Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2001–2004

^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — ^cReal. — ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. — ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich trotz der günstigeren Konjunktur noch nicht verbessert. Die Beschäftigung ist im zweiten Quartal weiter zurückgegangen, allerdings etwas langsamer als im Quartal zuvor. Die Arbeitslosenquote lag im August bei 10,6 Prozent.

Der Preisauftrieb hat sich zuletzt wieder etwas beschleunigt. Bestimmend für die Verbraucherpreise ist nach wie vor die Entwicklung an den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten. Mit zeitweilig über 45 US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent notierte das Rohöl im August so hoch wie nie zuvor, mit der Folge, dass die Heizöl- und Benzinpreise weiter anzogen. Die Inflationsrate betrug im August 2,0 Prozent.

Weiterhin günstiges monetäres Umfeld

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen seit Juni 2003 unverändert bei 2 Prozent belassen. Der Dreimonatsgeldmarktsatz liegt weiter nahe bei diesem Wert. Auch in realer Rechnung (auf Basis der Kerninflationsrate) blieben die kurzfristigen Zinsen weitgehend konstant – bei etwa 0,5 Prozent, also etwa 1,5 Prozentpunkte niedriger als der neutrale Geldmarktzins. Die Rendite von Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit lag Anfang September bei 4,1 Prozent – zwei Zehntel niedriger als im Juni; der leichte Rückgang dürfte die etwas eingetrübten Konjunkturerwartungen an den Märkten widerspiegeln. In realer Rechnung ist der Kapitalmarktzinssatz ebenfalls etwas gefallen, allerdings nicht so stark wie die nominalen Zinsen, denn die längerfristigen Inflationserwartungen haben sich nicht im selben Umfang ermäßigt wie die Anleiherenditen. Angesichts eines neutralen Niveaus von 3 Prozent können die Realzinsen mit aktuell knapp 2,5 Prozent als konjunkturanregend gelten. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich im vergangenen Vierteljahr kaum verändert und entspricht weiter etwa ihrem Niveau zum Start der Währungsunion. Alles in allem sind die monetären Rahmenbedingungen weiterhin günstig für die deutsche Konjunktur.

Unverändert schwach expandierten bis zuletzt die Kredite an Unternehmen und Privatpersonen. Sie nahmen im zweiten Quartal 2004 mit einer laufenden Jahresrate von nur 0,4 Prozent zu. Weiterhin dürfte hierbei die geringe Nachfrage der Unternehmen nach Krediten die maßgebliche Rolle spielen. Darauf deutet der Bank Lending Survey der EZB hin. Darin meldeten die deutschen Kreditinstitute einem erneuten leichten Rückgang der Kreditnachfrage im zweiten Quartal. Ihre Vergaberichtlinien haben die Banken im vergangenen Quartal erstmals seit Beginn der Umfrage Anfang 2003 nicht mehr verschärft. Die Standards in Deutschland entsprachen dabei jenen im Euroraum, wo die Kredite an Unternehmen und Privatpersonen in

der ersten Jahreshälfte kräftig stiegen. Die monetären Rahmenbedingungen werden somit durch das Kreditangebot nicht beeinträchtigt.

Die EZB wird die Leitzinsen voraussichtlich zur Jahreswende 2004/2005 um 25 Basispunkte anheben (Benner et al. 2004). Die Kapitalmarktzinsen dürften sich, auch im Zuge des für die Vereinigten Staaten erwarteten Zinsanstiegs, erhöhen (Tabelle 1), allerdings nur geringfügig. Für den Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro ist ein nahezu unveränderter Wert von 1,20 unterstellt. Insgesamt bleiben die monetären Rahmenbedingungen anregend.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2004 und 2005

	2004				2005			
	1. Q.	2. Q.	3. Q. ^a	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,1	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,3	4,2	4,2	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5
Tariflohnindex ^{c,d}	1,7	1,4	1,4	1,7	1,9	2,3	1,6	1,7
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,25	1,20	1,22	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	99,2	97,9	97,7	97,5	97,3	97,1	96,9	96,7
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	5,9	3,4	4,1	4,3	4,0	3,9	3,7	3,7
Rohölpreis ^h	31,4	34,4	41,0	40,0	39,0	38,0	37,0	36,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, acht neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Nach wie vor hohes Budgetdefizit des Staates

Das Budgetdefizit des Staates wird sich im Jahr 2004 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wie im Jahr 2003 auf annähernd 4 Prozent belaufen. Dabei wird die Abgabenbelastung deutlich sinken. Zwar wurde die Tabaksteuer erhöht, aber die Einkommensteuersätze wurden kräftig reduziert; auch wird der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung etwas niedriger sein als im Jahr 2003. Die Ausgaben des Staates dürften im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt merklich abnehmen. So werden die Löhne im öffentlichen Dienst nur wenig steigen, und die öffentlichen Investitionen werden abermals rückläufig sein. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sinken infolge der Reform des Gesundheitswesens deutlich, und die Zunahme der Rentenausgaben wurde eingeschränkt. Das strukturelle Budgetdefi-

zit des Staates – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – wird wie im Jahr 2003 reichlich 3 Prozent betragen.¹

Im Jahr 2005 werden die Einkommensteuersätze abermals reduziert. Dadurch werden die Steuerzahler um 3,5 Mrd. Euro entlastet; der Effekt der Änderung des Steuertarifs beläuft sich zwar auf 6,7 Mrd. Euro, davon bewirken aber 3,2 Mrd. Euro lediglich, dass eine Mehrbelastung infolge der kalten Progression vermieden wird.² Der allmähliche Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der Altersrenten dürfte das Steueraufkommen im Jahr 2005 um 1 Mrd. Euro reduzieren. Erhöht wird das Steueraufkommen dadurch, dass Steuervergünstigungen verringert werden (Boss und Rosenschon 2004) und die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird wohl um 0,3 Prozentpunkte auf knapp 14 Prozent reduziert; die Ausgaben der Krankenkassen sind reformbedingt deutlich niedriger als zuvor, und die bis Ende 2003 aufgelaufene Verschuldung wird Ende 2004 erheblich gesunken sein. Die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge insgesamt wird im Jahr 2005 abnehmen, allerdings bei weitem nicht so stark wie im Jahr 2004. Die Ausgaben des Staates dürften im Jahr 2005 – durch mehrere Einsparmaßnahmen bedingt – nur wenig, jedenfalls schwächer als das Bruttoinlandsprodukt, steigen. So werden die Löhne im öffentlichen Dienst zwar um rund ein Prozent angehoben, gleichzeitig wird der Personalbestand aber reduziert. Zudem werden einzelne Finanzhilfen gekürzt. Schließlich dürfte die Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige Minderausgaben zur Folge haben (vgl. hierzu den Exkurs „Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktreform auf das Budget des Staates“). Das Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2005 die 3-Prozent-Marke abermals deutlich übertreffen; das strukturelle Budgetdefizit wird etwas abnehmen.

Exkurs: Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktreform auf das Budget des Staates

Zu den Maßnahmen, die im Rahmen der Agenda 2010 ergriffen wurden (*BGBl. I* 2003; *BMWA* 2004a, 2004b, 2004c), gehören Änderungen beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeits-

¹ Nach Berechnungen der OECD beläuft sich das strukturelle Budgetdefizit im Jahr 2004 auf 2,0 Prozent, nach 2,3 Prozent im Jahr 2003 (OECD 2004). Der Unterschied resultiert vor allem daraus, dass die OECD die Wachstumsrate des Produktionspotentials höher als wir einschätzt, mit der Folge, dass die Unterauslastung größer ausfällt und ein größerer Teil des Budgetdefizits als konjunkturbedingt eingestuft wird.

² Vgl. hierzu Boss und Elendner (2003).

losenhilfe und bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe im engeren Sinne). Im Folgenden wird dargelegt, inwieweit die beschlossenen Maßnahmen die Staatsausgaben im Jahr 2005 vermutlich beeinflussen werden.

Arbeitslosengeld wird nach der Neuregelung im Regelfall für maximal zwölf Monate gezahlt; Personen, die 55 Jahre oder älter sind, beziehen 18 Monate lang Arbeitslosengeld. Bisher ist es möglich, dass Personen, die 45 Jahre oder älter sind, bis zu 32 Monate lang Arbeitslosengeld erhalten. Die Neuregelung gilt für diejenigen, die ab Februar 2006 arbeitslos werden; finanzielle Auswirkungen im Jahr 2005 kann es deshalb nicht geben.

Ist ein Anspruch auf Arbeitslosengeld (nach Ablauf der vom Alter und von der Dauer der Versicherungszeit vor der Arbeitslosmeldung abhängigen Bezugsdauer) erloschen, so wird im noch geltenden System bei Bedürftigkeit Arbeitslosenhilfe gezahlt; besteht kein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, weil ein Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht bestanden hat, so erhält ein Arbeitsloser bei (im Vergleich zu den betreffenden Vorschriften für die Arbeitslosenhilfe restriktiver definierter) Bedürftigkeit Sozialhilfe. Im Januar 2005 wird das Arbeitslosengeld II eingeführt. Es wird an erwerbsfähige Hilfebedürftige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ausbezahlt.³ Zu diesen zählen potentiell jene Personen, die als Erwerbsfähige im geltenden System infolge Bedürftigkeit Arbeitslosen- oder Sozialhilfe beziehen. Dies betrifft rund 2,2 Mill. Arbeitslosenhilfeempfänger sowie schätzungsweise 0,9 Mill. Sozialhilfeempfänger; dabei ist zu berücksichtigen, dass einige Arbeitslosenhilfeempfänger auch Sozialhilfeempfänger sind.⁴

Das Arbeitslosengeld II wird grundsätzlich in Höhe der Sozialhilfe festgesetzt. War das zuvor bezogene Arbeitslosengeld (gegebenenfalls zusammen mit dem Wohngeld) größer, als der Sozialhilfeanspruch wäre, so wird in den ersten beiden Jahren nach Wegfall des Arbeitslosengeldes ein (nach einem Jahr halbiertes) Zuschlag gezahlt; er bemisst sich nach der Differenz zwischen Arbeitslosengeld und potentiell Sozialhilfeanspruch, allerdings gibt es eine obere Grenze. Das Arbeitslosengeld II wird im Durchschnitt vermutlich etwas niedriger sein als die Arbeitslosenhilfe bzw. die um die Sozialhilfe erhöhte Arbeitslosenhilfe.⁵ Dies hat – unter sonst gleichen Umständen – Minderausgaben des Staates zur Folge. Das Arbeitslosengeld II

³ Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer „Bedarfsgemeinschaft“ leben, erhalten Sozialgeld.

⁴ Für Arbeitslosenhilfeempfänger sind Leistungen in Höhe des Sozialhilfeanspruchs die Mindestleistung; reicht die Arbeitslosenhilfe nicht zur Deckung des Bedarfs aus, so wird ergänzend Sozialhilfe gezahlt.

⁵ Wegen des Zuschlags gilt dies für die Leistungsempfänger im Durchschnitt nicht für jedes Jahr des Leistungsbezugs, sondern nur für die gesamte Dauer des Leistungsbezugs.

für jene, die im herrschenden System nicht Arbeitslosenhilfe, sondern nur Sozialhilfe beziehen, entspricht dieser; die Leistungen werden lediglich unter neuem Namen ausgezahlt (Arbeitslosengeld II statt Sozialhilfe). Auswirkungen auf die Staatsausgaben entstehen insofern nicht. Für die Empfänger von Arbeitslosengeld II werden Beiträge an die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung geleistet, für deren Haushaltsangehörige Beiträge an die Kranken- und Pflegeversicherung. Für Arbeitslosenhilfeempfänger trifft dies grundsätzlich schon bislang zu, für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger werden im Regelfall zusätzliche Aufwendungen des Staates entstehen. Bei den Leistungen an Familienangehörige ändert sich materiell wenig. Eltern erhalten kein Sozialgeld für minderjährige Kinder, die über ausreichend Einkommen oder Vermögen zur Sicherung des Lebensunterhalts verfügen und insofern nicht bedürftig sind. Eltern, deren Einkommen zwar für den eigenen Bedarf, nicht aber für den der Kinder ausreicht, erhalten (zusammen mit dem Kindergeld) einen Zuschlag von bis zu 140 Euro je Monat für maximal drei Jahre.

Arbeitslosengeld II wird – wie bislang die Arbeitslosen- bzw. die Sozialhilfe – nur bei Bedürftigkeit gezahlt. Die Regeln, nach denen Einkommen (z.B. Mieteinnahmen) des Lebenspartners auf einen potentiellen Anspruch angerechnet werden, werden insgesamt verschärft. Was die Vermögensanrechnung betrifft, so werden die Regelungen der Arbeitslosenhilfe im Wesentlichen übernommen. Insgesamt wird die Neuregelung zur Folge haben, dass die Staatsausgaben sinken, weil in bestimmten Fällen Ansprüche wegfallen oder geringer werden.

Die Anstrengungen, Hilfebedürftige in ein Arbeitsverhältnis zu vermitteln, werden forciert. Bei Ablehnung einer zumutbaren Erwerbstätigkeit oder Eingliederungsmaßnahme sowie bei fehlender Eigeninitiative werden die Leistungen gekürzt. Zumutbar wird grundsätzlich jede Arbeit sein, insbesondere wird ein Lohn unterhalb des Tariflohns oder des ortsüblichen Lohns akzeptiert werden müssen; allerdings werden tarifgebundene Unternehmen entsprechende Arbeitsplätze nicht anbieten dürfen. Grundsätzlich wird die Verschärfung der Zumutbarkeit Minderausgaben des Staates zur Folge haben; deren Höhe lässt sich aber nicht abschätzen, solange es unklar ist, wie die Vorschriften letztlich gehandhabt werden und ob es gesetzliche Mindestlöhne geben wird.

Hinzuverdientes Arbeitseinkommen wird auf das Arbeitslosengeld II angerechnet (in Anlehnung an die Regeln für die Anrechnung eines Nettoarbeitseinkommens auf einen Sozialhilfeanspruch). Von dem erwirtschafteten Nettolohn werden – gestaffelt nach der Bruttolohnhöhe – marginal 15 Prozent, 30 Prozent bzw. 15 Prozent nicht auf den Leistungsanspruch angerechnet. Die implizite Belastung durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes II beträgt demnach – bezogen auf den Nettolohn – zunächst 85 Prozent, dann 70 Prozent und schließlich 85 Pro-

zent. Eine implizite Belastung von bis zu 100 Prozent – wie im herrschenden Sozialhilfesystem in bestimmten Einkommensbereichen – wird es nicht mehr geben. Zusätzlich kann ein befristeter Zuschuss (ein so genanntes Einstiegsgeld) gewährt werden, wenn ein Leistungsempfänger erwerbstätig wird. Mit der Neuregelung entstehen bei unverändertem Verhalten der Betroffenen Mehrausgaben des Staates; allerdings ist gerade beabsichtigt, dass sich das Verhalten ändert und dass Hinzuverdienstmöglichkeiten verstärkt in Anspruch genommen werden. Es lässt sich kaum abschätzen, in welchem Ausmaß dies geschehen wird und inwieweit dadurch der Staatshaushalt entlastet wird.

Ingesamt ist zu vermuten, dass die Ausgaben des Staates im Jahr 2005 infolge der Reform geringfügig sinken werden. Wir unterstellen – nach Abzug der Mehrausgaben, die durch die nachträglichen Änderungen (z.B. der Auszahlungsmodalitäten für das Arbeitslosengeld II) entstehen – ein Einsparvolumen von 1 Mrd. Euro.

Exportboom schwächt sich ab

In der ersten Jahreshälfte 2004 wurde die Konjunktur durch einen kräftigen Exportanstieg angetrieben. Nach einer sehr starken Zunahme im ersten Quartal ging die Dynamik der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im zweiten Quartal allerdings leicht zurück. Im gesamten ersten Halbjahr erhöhten sich die Exporte mit einer laufenden Jahresrate von 12,9 Prozent; bei der Warenausfuhr war der Zuwachs sogar noch größer. Für die Stärke maßgeblich war die „brummende“ Weltkonjunktur. Besonders kräftig nahmen die Warenlieferungen in die nicht zur EU gehörigen europäischen Länder sowie in die OPEC-Länder zu. Rasch expandierten außerdem die Exporte nach Asien, wobei insbesondere nach China deutlich mehr Waren geliefert wurden (Kasten 1). Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten, die im vergangenen Jahr aufgrund der Euroaufwertung rückläufig gewesen waren, erholten sich nach Jahresbeginn. Die Zunahme der Ausfuhren in den übrigen Euroraum verlangsamte sich etwas.

Mittlerweile haben sich die Perspektiven für den Export etwas eingetrübt. So deutet der Rückgang der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland darauf hin, dass die Ausfuhren im dritten Quartal an Dynamik eingebüßt haben. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Konjunktur in den wichtigsten Handelspartnerländern an Schwung verlieren. Allerdings fallen die dämpfenden Effekte der zurückliegenden Aufwertung des Euro nach und nach weg. Da wir nominale Konstanz des Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar unterstellen, dürfte der reale effektive Wechselkurs aufgrund der im Vergleich zum

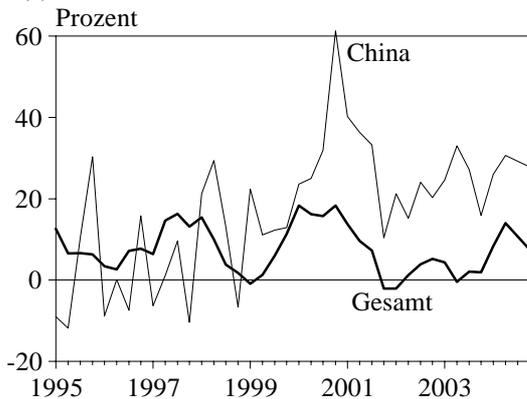
Kasten 1:

Zur wachsenden Bedeutung Chinas als Handelspartner

China hat in den vergangenen Jahren als Handelspartner für Deutschland erheblich an Bedeutung gewonnen. Während die Ausfuhr in die Volksrepublik in den neunziger Jahren nur etwa so rasch zunahm wie die gesamten Exporte, ist seit dem Jahr 2000 eine deutliche Beschleunigung zu beobachten (Abbildung 1a). Seither nehmen die Exporte nach China deutlich rascher zu als die gesamten Exporte. Der Anteil Chinas an den gesamten Warenexporten (Spezialhandel) ist rascher gestiegen als der anderer schnell wachsender Regionen wie das übrige Südostasien, Mittel- und Osteuropa oder die Vereinigten Staaten (Abbildung 1b). In der ersten Jahreshälfte 2004 betrug er 2,9 Prozent, mehr als doppelt soviel wie 1995. Mittlerweile liegt China in der Liste der wichtigsten Absatzmärkte für die deutschen Exporte an zehnter Stelle.

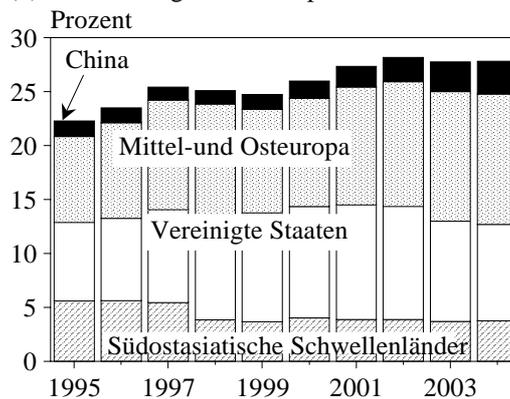
Abbildung 1: Exporte in ausgewählte Länder 1995–2003

(a) Zunahme^a



^aGegenüber dem Vorjahr in Prozent.

(b) Anteile am gesamten Export^a

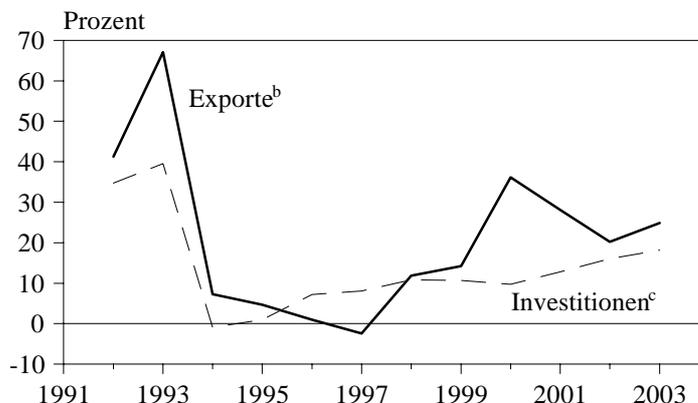


^aIn Prozent.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Geliefert werden in die Volksrepublik hauptsächlich Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Datenverarbeitungs- und Nachrichtentechnik sowie Fahrzeuge. Im Jahr 2001 entfielen fast 74 Prozent der Exporte auf diese Güterkategorien. Weitere nennenswerte Anteile machten nur noch andere Industriegüter (9 Prozent) und chemische und pharmazeutische Produkte (7 Prozent) aus. Die Spezialisierung der deutschen Industrie auf Kapitalgüter dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, dass die Exporte nach China in den vergangenen Jahren rascher gestiegen sind. Denn seit 2001 weitet China seinen Kapitalstock beschleunigt aus (Abbildung 2). Überdies werden die Lieferungen nach China wohl auch durch den Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar, an den der chinesische Renminbi de facto gebunden ist, beeinflusst.

Abbildung 2: Exporte nach China und chinesische Bruttoanlageinvestitionen^a 1991–2003



^aZunahme gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^bNominale deutsche Exporte nach China deflationiert mit dem Deflator der Exporte. — ^cNominale Bruttoanlageinvestitionen in China deflationiert mit dem Deflator des chinesischen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Datastream; eigene Berechnungen.

Euroraum relativ niedrigen deutschen Inflationsrate im nächsten Jahr sogar etwas anregend wirken. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme der Exporte um 4,6 Prozent im Jahr 2005, nach einem Zuwachs um 10,2 Prozent in diesem Jahr.

Die Importe von Waren und Dienstleistungen haben im ersten Halbjahr ebenfalls stark zugenommen, wenngleich mit geringerer Rate als die Exporte; sie stiegen um annualisiert 7,6 Prozent. Dabei erhöhte sich insbesondere die Einfuhr von Vorleistungsgütern. Der kräftige Anstieg der Importe ist vor allem auf die boomenden Exporte zurückzuführen; die inländische Verwendung ging in der ersten Jahreshälfte sogar leicht zurück. Der seit einiger Zeit verstärkt zu beobachtende Gleichlauf von Importen und Exporten lässt sich dadurch erklären, dass im Zuge der Globalisierung Güter und Vorprodukte zunehmend in den Ländern produziert werden, die auf der betreffenden Produktionsstufe einen komparativen Vorteil haben. In der Folge ist der Importanteil der deutschen Exporte in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.⁶ Im Prognosezeitraum wird sich der Gleichlauf von Exporten und Importen tendenziell fortsetzen, wobei die Einfuhren bei anziehender Binnennachfrage etwas größere Zuwachsraten als die Exporte verzeichnen dürften. Wir erwarten, dass die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2005 um 4,3 Prozent zunehmen, nach 5,9 Prozent in diesem Jahr.

Die Importpreise, die seit Mitte 2002 vor allem aufgrund der starken nominalen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar rückläufig gewesen waren, sind im ersten Halbjahr 2004 wieder gestiegen, und zwar kräftig. Maßgeblich hierfür war der starke Ölpreisanstieg, der aufgrund eines in etwa konstanten Wechselkurses voll auf die Importpreise durchschlagen konnte. Die nichtenergetischen Industriestoffe haben sich aufgrund der kräftigen Weltkonjunktur ebenfalls – wenngleich deutlich schwächer – verteuert, während sich die Importe von Futter und Nahrungsmitteln leicht verbilligt haben. Im Prognosezeitraum werden die Importpreise weiter steigen, allerdings weniger rasch als zuletzt, da der Ölpreis im Jahresverlauf auf rund 36 US-Dollar je Barrel zurückgeht. Der Deflator der Exporte wird moderat zunehmen, da die Exporteure vermutlich keine weiteren Preiszugeständnisse aufgrund der Effekte der vorangegangenen real effektiven Euroaufwertung, die jetzt ausläuft, machen werden und sich gleichzeitig die Produktion auf vorgelagerten Stufen verteuert. Alles in allem werden sich die Terms of Trade im Prognosezeitraum verschlechtern.

⁶ Der Input-Output-Statistik zufolge lag der Importanteil des Exports im Jahr 1995 bei 29,7 Prozent, im Jahr 2002 betrug er 38,8 Prozent. Im gleichen Zeitraum sind die Exporte in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt von 24,5 auf 36,1 Prozent gestiegen. Die um den Importanteil korrigierte Relation der Exporte zum Bruttoinlandsprodukt lag 1995 bei $24,5 \cdot (1 - 0,297) = 17,2$ Prozent; 2002 betrug sie 22,1 Prozent. Die überdurchschnittliche Zunahme der um den Importanteil korrigierten Exporte zeigt, dass der Außenhandel trotz steigenden Importanteils positiv auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gewirkt hat. Die Sorge, die deutsche Wirtschaft werde zu einer „Basar-Ökonomie“ ohne eigene Wertschöpfung, ist insofern unbegründet.

Investitionsdynamik verhalten

Die Unternehmensinvestitionen, die im ersten Quartal extrem schwach gewesen waren, zeigten auch im zweiten Quartal keine Zunahme. Die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten, und der Wirtschaftsbau ging weiter zurück. Im weiteren Jahresverlauf dürfte das Investitionsgeschehen verhalten bleiben. Darauf deuten nicht zuletzt die verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen hin. Insgesamt bleibt der Schwung allerdings gering, auch weil Aufbau und Erweiterung von Produktionsstätten im Ausland weiterhin eine wichtige Rolle spielen.⁷ Alles in allem erwarten wir einen Rückgang der Unternehmensinvestitionen um 0,9 Prozent in diesem Jahr und einen Anstieg um 2,4 Prozent im kommenden Jahr (Tabelle 2).

Tabelle 2:

Reale Anlageinvestitionen 2002–2005 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a
Anlageinvestitionen	-6,4	-2,2	-1,1	1,0
Unternehmensinvestitionen	-7,2	-0,9	-0,9	2,4
Ausrüstungen	-8,6	-1,4	-0,8	2,9
Sonstige Anlagen	1,4	1,7	2,9	5,5
Wirtschaftsbau	-7,0	-1,0	-2,8	-0,3
Wohnungsbau	-6,0	-2,7	-0,4	-1,4
Öffentlicher Bau	-2,5	-10,4	-7,2	-2,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauten insgesamt	-5,8	-3,2	-2,2	-1,2

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Wohnungsbauinvestitionen waren im ersten Halbjahr 2004 erneut rückläufig. Auftragseingänge und Baugenehmigungen deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung im dritten Quartal fortgesetzt hat. Die Vorzieheffekte aufgrund der Kürzung der Eigenheimzulage und die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der KfW-Bankengruppe konnten den insgesamt rückläufigen Trend der Wohnungsbauinvestitionen lediglich abmildern. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums werden die unverändert fortbestehenden Strukturprobleme im Wohnungsbau – das Überangebot

⁷ Ausländische Produktionsstandorte dienen einerseits dazu, neue Märkte zu erschließen und bestehende zu erhalten, andererseits sollen sie – und dies offenbar mit zunehmender Bedeutung – deutsche Produktionsstandorte durch preisgünstige Zulieferungen wettbewerbsfähig halten (VDMA 2004).

vor allem in Ostdeutschland –, eine bedrückende Arbeitsmarktlage und gedämpfte Einkommenserwartungen den Investitionsverlauf wieder dominieren. Wir rechnen damit, dass die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 0,4 Prozent eingeschränkt werden, im kommenden Jahr um 1,4 Prozent.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind – geprägt durch die schlechte Haushaltslage – weiterhin rückläufig. Während die Gemeinden ihre Haushalte einerseits dadurch entlastet sehen, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sogar höher ausfallen als zunächst erwartet und dass der Bund ihnen ohnehin einen größeren Anteil an den Einnahmen daraus überlässt, sehen sie sich andererseits damit konfrontiert, dass die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer hinter den Erwartungen zurückbleiben. In der Folge werden vielerorts Investitionen auf die lange Bank geschoben. Für dieses Jahr rechnen wir mit einem Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen um 7,2 Prozent, für das kommende Jahr mit einem Rückgang um 2,1 Prozent.

Wenig Schwung beim privaten Konsum

Die Flaute bei den privaten Konsumausgaben hielt bis zuletzt an. Zwar sind sie im zweiten Quartal weiter leicht gestiegen, für das dritte Quartal lassen Einzelhandelsumsätze und Konsumklima aber nicht auf eine nennenswerte Beschleunigung schließen. Die Senkung der Einkommensteuer zu Jahresbeginn hat somit nur geringfügig anregend gewirkt. Zu groß waren die dämpfenden Einflüsse der unsicheren Arbeitsmarktperspektiven, zu denen im Sommerhalbjahr noch die Kaufkraftverluste durch den Ölpreisanstieg kamen.

Für den Prognosezeitraum sind die Perspektiven für die privaten Konsumausgaben etwas günstiger. Mit dem erwarteten Rückgang des Ölpreises fällt ein Belastungsfaktor nach und nach weg. Zudem wird sich die Lage am Arbeitsmarkt etwas verbessern. Für das kommende Jahr ist sogar wieder ein leichter Beschäftigungsaufbau zu erwarten; die Bruttolöhne und -gehälter werden infolgedessen deutlich rascher steigen als 2004. Zum Jahreswechsel tritt zudem die letzte Stufe der Steuerreform in Kraft. Das Volumen der Entlastungen wird allerdings erheblich geringer sein als in diesem Jahr, zumal verstärkt Steuervergünstigungen entfallen. Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung dürfte etwas sinken. Allerdings sinken die Transfers im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geringfügig. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben 2004 voraussichtlich um 0,1 Prozent zurückgehen und 2005 um 1,0 Prozent zunehmen. Dabei ist auch berücksichtigt, dass die längerfristigen Erwartungen der privaten Haushalte hinsichtlich ihres Nettoein-

kommens angesichts des niedrigen Wachstums des Produktionspotentials und der weiteren Zunahme der Staatsverschuldung sehr zurückhaltend sein dürften. Die Sparquote wird, auch aufgrund erhöhter Vorsorge für das Alter, in beiden Jahren weiter leicht zunehmen.

Preisklima wieder ruhiger

Der Preisauftrieb hat sich zuletzt etwas beschleunigt. Maßgeblich hierfür waren die kräftigen Preissteigerungen bei den Mineralölerzeugnissen. Die Verbraucherpreise ohne Energie sind dagegen seit April nahezu unverändert. Die Teuerungsrate betrug im August 2,0 Prozent (Vorjahresvergleich).

Im Prognosezeitraum dürften die Ölpreise etwas nachgeben. Allerdings dürfte es noch zu verzögerten Wirkungen des bereits erfolgten Ölpreisanstiegs kommen, etwa aufgrund der Anhebung der Gaspreise. Der Preistrend im Prognosezeitraum wird dadurch bestimmt, dass sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nur noch langsam erhöht. Insofern kann sich lediglich ein schwacher Preisdruck aufbauen, zumal die Tariflöhne in diesem und im nächsten Jahr nur mäßig steigen werden. Für den Außenwert des Euro ist unterstellt, dass er annähernd auf dem gegenwärtigen Niveau verharrt. Zum 1. Dezember 2004 und zum 1. September 2005 sind weitere Tabaksteuererhöhungen beschlossen. Alles in allem erwarten wir für den Jahresdurchschnitt einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 Prozent in diesem Jahr und 1,3 Prozent im nächsten.

Nur leichte Belegung am Arbeitsmarkt

Mit dem Anziehen der Konjunktur hat sich der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal verlangsamt; mit 26 000 Personen war er deutlich geringer als im Vorquartal. Gleichzeitig wurden mehr arbeitsmarktpolitische Instrumente in Anspruch genommen. So stieg die Zahl der „Ich-AGs“ im zweiten Quartal um 25 000, nachdem sie sich bereits in den Quartalen zuvor etwa in der gleichen Größenordnung erhöht hatte. Auch die Anzahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten (im Rahmen der „Mini-Job“-Regelung) ist weiter gestiegen. Zum Ende des zweiten Quartals lag sie mit 6,7 Mill. um 5,5 Prozent über dem Vorquartalswert und um 16,2 Prozent über dem Wert des Vorjahresquartals. Allerdings schlägt sich dies nicht voll in der Zahl der Erwerbstätigen nieder. Zum einen dürften angesichts der angehobenen Geringfügigkeitsgrenze Beschäftigungsverhältnisse mit Einkünften zwischen 325 und 400 Euro in Mini-Jobs umgewandelt worden sein. Zum anderen dürfte ein Teil der Mini-Jobs auf Nebenerwerbstätigkeit entfallen, die nunmehr steuerlich besser gestellt ist. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat sich zuletzt deutlich abgeschwächt. Nachdem die Zahl der

Arbeitslosen im zweiten Quartal um 60 000 Personen gestiegen ist, signalisieren die Arbeitslosenzahlen für Juli und August einen Rückgang der Zunahme im dritten Quartal.

Auf Basis der bisherigen Lohnabschlüsse rechnen wir für das laufende Jahr mit einem Anstieg des tariflichen Stundenlohns in der Gesamtwirtschaft um 1,6 Prozent. Die Entwicklung der Arbeitskosten wird auch durch die Folgewirkungen des Abschlusses in der Metallindustrie Baden-Württembergs beeinflusst, der die Möglichkeit vorsieht, von der 35-Stunden-Woche nach oben (bis zu 40 Stunden) abzuweichen, um die Beschäftigung zu sichern (Boss et al. 2004). Nach der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich an zwei Standorten der Firma Siemens wird branchenübergreifend in mehreren Unternehmen über ähnliche Schritte verhandelt. Wir erwarten vor diesem Hintergrund eine weiterhin negative Lohndrift auf Stundenbasis. Unter Berücksichtigung leicht sinkender Beitragssätze zur Sozialversicherung, der ungewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen sowie eines Anstiegs des Deflators des Bruttoinlandsprodukts ergibt sich im Jahr 2004 ein Rückgang des Produzentenreallohns auf Stundenbasis um 1,3 Prozent. Angesichts eines trendmäßigen Anstiegs der Stundenproduktivität um 1,7 Prozent⁸ ergeben sich von dieser Seite insgesamt positive Effekte auf das Arbeitsvolumen.⁹ Für das Jahr 2005 sind die Auswirkungen der Einführung des Arbeitslosengeldes II (im Rahmen der „Hartz IV“-Regelung) auf die Tariflohnentwicklung zu berücksichtigen. Künftig muss jeder Empfänger von Arbeitslosengeld II jede legale angebotene Arbeitsstelle annehmen, d.h. auch eine, deren Entlohnung unterhalb des Tariflohns oder des ortsüblichen Entgelts liegt. Es ist zu erwarten, dass sich diese Regelung mäßigend auf die künftigen Lohnabschlüsse auswirken wird, wenn auch nur geringfügig. Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2005 einen Anstieg der Tariflöhne um 1,9 Prozent. In Anbetracht der weiterhin negativen Lohndrift sowie eines leicht sinkenden Beitragssatzes in der Sozialversicherung ergibt sich für das Jahr 2005 insgesamt ein Anstieg der Arbeitskosten auf Stundenbasis um 1,3 Prozent. Bei einem Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 0,7 Prozent in 2005 entspricht dies einer Zunahme des Produzentenreallohnes um 0,6 Prozent. Alles in allem ergeben sich auch im Jahr 2005 positive Effekte auf das Arbeitsvolumen.

Im Verlauf des Prognosezeitraums hellen sich die Beschäftigungsperspektiven etwas auf. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit wird sich zwar noch bis zum Herbst fortsetzen. Für die Zeit danach rechnen wir aber mit leichten Beschäftigungsgewinnen, zunächst insbesondere in Form selbständiger Tätigkeiten. Der Anstieg der Erwerbstätigenzahl im kommenden Jahr ist

⁸ Vgl. Kamps et al. (2004).

⁹ Allerdings ist zu berücksichtigen, dass das rechnerische Ausmaß der Lohnzurückhaltung durch den Arbeitstageffekt deutlich nach oben verzerrt wird.

zum Teil konjunkturell bedingt. Jedoch resultiert er auch aus den zu Jahresbeginn 2005 in Kraft tretenden „Hartz IV“-Regelungen; über die verschärften Zumutbarkeitskriterien hinaus werden durch die verbesserten Zuverdienstmöglichkeiten zum Arbeitslosengeld II die Anreize zur Arbeitsaufnahme gestärkt; ein erster Schritt in diese Richtung erfolgte durch die Senkung der Beitragsbelastung für Löhne zwischen 400 und 800 Euro (Gleitzone) im Rahmen der Mini-Job-Regelung. Positiv auf die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich auch auswirken, dass – parallel zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – vermehrt so genannte Arbeitsgelegenheiten, d.h. Tätigkeiten mit gemeinnützigem Charakter,¹⁰ geschaffen werden sollen. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, dass die so genannten Ein-Euro-Jobs auch in Bereichen entstehen, die keine gemeinnützigen Tätigkeiten umfassen. Es ist allerdings fraglich, ob es in diesem Bereich zu einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung kommen wird. Zum einen dürfen tarifgebundene Unternehmen entsprechende Arbeitsplätze nicht anbieten, zum anderen kann es nichttarifgebundenen Unternehmen durch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung untersagt sein, solche gering entlohnten Tätigkeiten anzubieten. Alles in allem dürfte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2004 nochmals verringern – um reichlich 30 000 Personen – auf dann 38,21 Mill. Personen. Für das Jahr 2005 erwarten wir einen Anstieg um gut 140 000 Personen auf 38,35 Mill. Personen (Tabelle 3).

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wird im Jahr 2004 leicht zunehmen, wir rechnen mit einem Anstieg um 0,3 Prozent. Dabei wird der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen durch die Zunahme des Arbeitsvolumens je Erwerbstätigen, infolge der höheren Anzahl an Arbeitstagen, überkompensiert. Für das Jahr 2005 rechnen wir mit einem annähernd konstanten Arbeitsvolumen. Zwar erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen, die Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird aber tendenziell weiter zurückgehen. Zu dieser Entwicklung tragen auch Maßnahmen der „Hartz-Gesetze“ bei. Die Einführung einer Gleitzone im Rahmen der Mini-Job-Regelung in Kombination mit den nun verbesserten Zuverdienstmöglichkeiten zum Arbeitslosengeld II erhöht die Anreize für Arbeitslose, eine geringfügige Beschäftigung aufzunehmen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte zum Ende des Sommerhalbjahres zum Stillstand kommen. Für die Zeit danach ist ein Rückgang der Arbeitslosenzahl zu erwarten, worauf

¹⁰ Diese Tätigkeiten müssen von den jeweiligen Trägern wie Kommunen oder Wohlfahrtsverbänden bei der Stelle beantragt werden, die für die Eingliederung der Arbeitslosengeld-II-Bezieher zuständig ist. Sind die Tätigkeiten gemeinnützig und zusätzlich, werden die Anträge bewilligt und dem Träger geeignete Langzeitarbeitslose zugewiesen.

Tabelle 3:
Arbeitsmarkt 2002–2005 (1 000 Personen)

	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 671	38 246	38 213	38 351
Selbständige ^b	4 090	4 143	4 270	4 302
Arbeitnehmer (Inland)	34 581	34 103	33 943	34 049
Pendlersaldo	61	57	51	51
Erwerbstätige (Inländer)	38 610	38 189	38 162	38 300
Arbeitnehmer (Inländer)	34 520	34 046	33 893	33 998
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 791	55 285	55 433	55 499
Registrierte Arbeitslose	4 061	4 377	4 359	4 290
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	9,8	10,5	10,5	10,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Arbeitslose nach dem ILO-Konzept	3 441	3 847	3 774	3 733
Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept ^d	8,7	9,6	9,8	9,7
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	31 395	31 091	31 083	31 191
Registrierte Arbeitslose	2 498	2 753	2 759	2 700
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	7,6	8,4	8,4	8,2
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	7 276	7 155	7 130	7 160
Registrierte Arbeitslose	1 563	1 624	1 600	1 590
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	17,7	18,5	18,3	18,2

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^dBerechnet nach dem Verfahren der Europäischen Union.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2004); eigene Schätzungen und Prognosen.

neben dem geringen Lohnanstieg insbesondere die institutionellen Änderungen bzw. Änderungen in der statistischen Erfassung hinwirken. Hinsichtlich letzterer gibt es zwei gegenläufige Effekte. Zum einen dürften sich infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Jahrebeginn 2005 einige bisher arbeitslos gemeldete Arbeitslosenhilfeempfänger nicht mehr arbeitslos melden, weil sie aufgrund der geänderten Anrechnung von Vermögen keinen Leistungsanspruch mehr besitzen. Zum anderen sind bisher erwerbsfähige Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger mit Beginn des Jahres 2005 gezwungen, sich arbeitslos zu melden, um ihre Unterstützungsansprüche aufrecht zu erhalten. Neben den rein statistischen Effekten können sich weitere Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitslosen aus der vermehrten Schaffung so genannter Arbeitsgelegenheiten, d.h. Tätigkeiten mit gemeinnützigem Charakter, ergeben. Allerdings sprechen einige Gründe dafür, dass der Rückgang der

Arbeitslosigkeit deutlich geringer ausfallen wird als die Zunahme der Stellen in diesem Bereich. So muss es sich bei den Arbeitsangelegenheiten um Tätigkeiten mit mindestens 15 Arbeitsstunden pro Woche handeln, ansonsten wird der Teilnehmer entsprechend der schon jetzt gültigen Rechtslage weiterhin als arbeitslos gezählt. Grundsätzlich wird die Anzahl der statistisch erfassten Arbeitslosen nur reduziert, wenn es sich bei den Teilnehmern um Personen handelt, die zuvor als arbeitslos gemeldet waren. Unter den Empfängern von Arbeitslosengeld II, die an den Maßnahmen teilnehmen werden, dürften jedoch viele erwerbsfähige ehemalige Sozialhilfeempfänger sein, die zuvor nicht als arbeitslos gemeldet waren. Unabhängig von der Frage der wöchentlichen Arbeitszeit und der Frage, ob ein Teilnehmer vorher schon arbeitslos war, ist es fraglich, ob überhaupt in großem Umfang zusätzlich Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Zum einen ist zu berücksichtigen, dass es solche Arbeitsgelegenheiten bereits gibt, die von Sozialhilfeempfängern wahrgenommen werden. Zum anderen besteht mit zunehmender Ausbreitung die Gefahr von Verdrängungseffekten. Insgesamt dürften infolge der Neuregelungen jedoch mehr Personen aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen als neue hinzukommen. Wir unterstellen einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 50 000 Personen im Jahresverlauf 2005, der sich allein aus den genannten Effekten ergibt. Alles in allem erwarten wir, dass die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2004 um knapp 20 000 Personen auf 4,36 Mill. Personen sinkt. Einschließlich der Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die seit Jahresbeginn nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden, würde die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2004 um gut 80 000 Personen auf 4,46 Mill. Personen steigen. Für das Jahr 2005 erwarten wir einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen, um knapp 70 000 Personen auf 4,29 Mill. Personen.

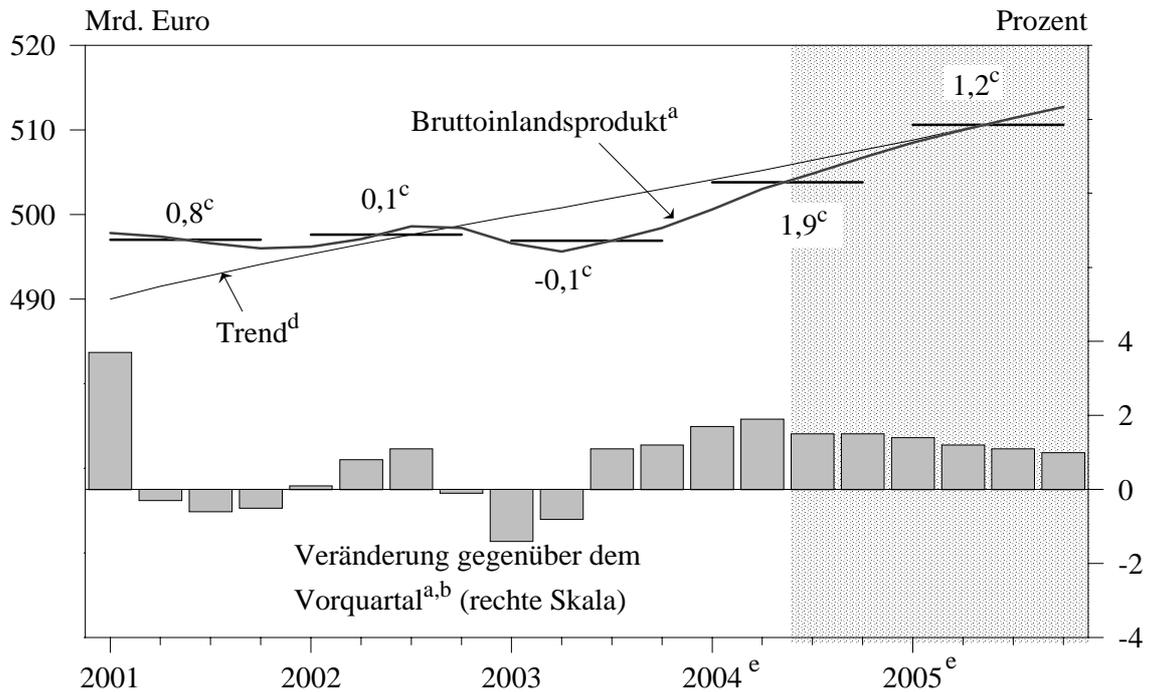
Ausblick: Etwas langsamere Produktionszunahme

Das erneute Anziehen des Ölpreises dürfte dazu führen, dass die Konjunktur in der zweiten Hälfte dieses Jahres etwas schwächer verläuft als bisher von uns erwartet – so wird die Inlandsnachfrage gedämpft, und die Konjunktur im Ausland leidet ebenfalls unter dem höheren Ölpreis. Wir halten es gleichwohl für wahrscheinlich, dass sich ein Teil des seit Jahresbeginn beobachteten Preisanstiegs bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder zurückbildet. Dafür spricht zum einen, dass mit der zyklischen Abschwächung der Weltkonjunktur, die wir unabhängig von der Ölpreisentwicklung für die zweite Jahreshälfte erwarten, die Nachfrage nach Mineralöl weniger stark steigen dürfte. Zum anderen dürfte der Mineralölmarkt – ähnlich dem Finanzmarkt – zu Übertreibungen neigen, die sich nach einiger Zeit wieder zurückbilden.

Für das kommende Jahr zeichnet sich ein weiteres Nachlassen der Auftriebskräfte ab (Abbildung 2). Insbesondere werden sich die Zuwächse beim Export angesichts einer etwas langsameren Gangart der Weltkonjunktur abflachen, auch wenn die dämpfenden Effekte durch die zurückliegende Aufwertung des Euro mehr und mehr entfallen. Die Binnennachfrage wird zwar durch das positive außenwirtschaftliche Umfeld und die nach wie vor günstigen monetären Rahmenbedingungen angeregt (Tabelle 4), an der Tendenz zu einer Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos dürfte sich dadurch aber nichts ändern. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,9 und im kommenden um 1,2 Prozent steigen (Tabelle 5). Das Ergebnis im laufenden Jahr ist beeinflusst durch die hohe Anzahl von Arbeitstagen, auf die allein 0,6 Prozentpunkte des Produktionsanstiegs zurückgehen. Im nächsten Jahr kehrt sich der Arbeitstageffekt um; arbeitstäglich bereinigt liegt die Produktionszunahme dann voraussichtlich bei 1,4 Prozent.

Abbildung 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2001–2005



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^dBerechnet mithilfe eines Hodrick–Prescott-Filters. — ^eAb 2004 III: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 4:
 Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2003, 2004 und 2005^a

	2003				2004				2005			
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q.	2.Q.	3.Q. ^b	4.Q. ^b	1.Q. ^b	2.Q. ^b	3.Q. ^b	4.Q. ^b
Bruttoinlandsprodukt	-1,4	-0,8	1,1	1,2	1,7	1,9	1,5	1,5	1,4	1,2	1,1	1,0
Private Konsumausgaben	0,5	-0,6	-1,4	-2,2	0,2	0,3	0,5	1,0	1,4	1,6	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	-5,1	2,5	1,3	-1,3	-1,4	1,4	0,1	-0,1	0,0	0,4	0,4	1,2
Ausrüstungsinvestitionen	2,6	-10,4	4,6	3,6	-12,2	0,1	2,1	3,0	4,5	4,0	3,5	2,5
Bauinvestitionen	-6,6	2,2	-2,4	5,8	-10,9	-7,7	-1,3	0,0	-1,1	-0,2	0,1	0,6
Sonstige Anlagen	-0,6	0,6	4,1	2,9	0,6	2,3	6,6	7,0	6,0	5,5	4,0	3,5
Inländische Verwendung	2,4	-0,1	-3,3	4,4	-3,3	-0,2	0,7	1,0	1,2	0,8	1,6	1,3
Ausfuhr	-2,9	-10,4	15,4	2,3	18,2	13,4	3,1	3,0	5,5	5,0	4,5	4,5
Einfuhr	8,2	-9,7	3,2	11,9	4,8	8,9	1,0	2,0	6,0	4,5	6,5	6,0
Arbeitnehmer im Inland ^c	34 191	34 131	34 081	34 019	33 937	33 977	33 965	33 968	33 991	34 033	34 094	34 166
Arbeitslose ^c	4 330	4 409	4 401	4 373	4 306	4366	4391	4386	4 346	4 316	4 276	4 226

^aIn Preisen von 1995. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cIn 1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts fällt nicht zuletzt deshalb vergleichsweise gering aus, weil das Wachstum des Produktionspotentials sehr niedrig ist. Das geringe Wachstum bringt es mit sich, dass die Perspektiven der privaten Haushalte für die mittelfristige Zunahme ihrer real verfügbaren Einkommen gedämpft bleiben und diese sich daher mit Ausgaben eher zurückhalten. Dies wiederum hat negative Konsequenzen für die Investitionen, die ihrerseits auf das Potentialwachstums zurückwirken. Unseren Schätzungen zufolge dürfte das Potentialwachstum am aktuellen Rand etwa 1 Prozent betragen, nachdem es vor zehn Jahren noch bei fast 2,5 Prozent gelegen hat. In den kommenden Jahren dürfte sich der Trend zur Wachstumsverlangsamung zwar nicht weiter fortsetzen. Angesichts der demographischen Entwicklung und einer immer noch nicht ausreichenden Reformbereitschaft seitens der Wirtschaftspolitik ist aber auch nicht damit zu rechnen, dass sich das Wachstum in absehbarer Zeit nennenswert beschleunigt.¹¹

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich im Prognosezeitraum etwas verbessern. Dazu tragen auch die Reformen im Rahmen der „Agenda 2010“ bei. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich voraussichtlich um 140 000 Personen erhöhen. Die Hälfte davon wird in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen tätig werden, die durch die „Hartz“-Maßnahmen begünstigt werden. Grundsätzlich steigen mit den Reformen die Anreize zur Arbeitsaufnahme deutlich.

¹¹ Für eine ausführliche Analyse der zukünftigen Entwicklung des Produktionspotentials vgl. Kamps et al. (2004).

Tabelle 5:
Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2002–2005

	2003	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1 985,2	0,1	-0,1	1,9	1,2
Private Konsumausgaben	1 132,5	-0,7	0,0	-0,1	1,0
Konsumausgaben des Staates	390,2	1,9	0,1	0,0	0,3
Anlageinvestitionen	389,1	-6,4	-2,2	-1,1	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	151,2	-8,6	-1,4	-0,8	2,9
Bauinvestitionen	210,1	-5,8	-3,2	-1,8	-1,1
Sonstige Anlagen	27,8	1,4	1,7	2,9	5,5
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-18,1	-35,5	-18,1	-12,2	-12,7
Ausfuhr	740,0	4,1	1,8	10,2	4,6
Einfuhr	648,5	-1,6	4,0	5,9	4,3
Außenbeitrag (Mrd. €)	91,5	103,1	91,5	128,5	136,3
Bruttonationaleinkommen	1 973,4	-0,3	0,1	1,9	1,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 128,2	1,6	1,0	2,9	1,9
Private Konsumausgaben	1 255,3	0,4	1,1	1,7	2,4
Konsumausgaben des Staates	408,5	2,8	0,8	-0,4	0,8
Anlageinvestitionen	379,8	-6,9	-3,1	-0,7	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	146,9	-9,3	-3,2	-0,8	4,7
Bauinvestitionen	208,3	-5,9	-3,3	-0,8	-0,8
Sonstige Anlagen	24,5	0,6	0,2	0,6	7,5
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-7,6	-26,9	-7,6	0,9	-6,7
Ausfuhr	769,3	4,2	1,0	10,4	6,1
Einfuhr	677,1	-3,3	1,5	6,0	6,3
Außenbeitrag (Mrd. €)	92,2	94,8	92,2	131,9	137,9
Bruttonationaleinkommen	2 114,2	1,2	1,2	3,0	2,0
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	1,1	1,0	0,7
Private Konsumausgaben		1,1	1,0	1,7	1,3
Ausrüstungsinvestitionen		-0,7	-1,9	0,0	1,7
Bauinvestitionen		-0,1	-0,1	1,0	0,3
Sonstige Anlagen		-0,8	-1,5	-2,2	1,9
Ausfuhr		0,1	-0,8	0,2	1,4
Einfuhr		-1,7	-2,4	0,1	1,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 569,3	0,9	1,1	3,2	1,7
Arbeitnehmerentgelt	1 132,2	0,8	0,2	0,0	1,4
in Prozent des Volkseinkommens		72,8	72,1	70,0	69,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	437,1	1,2	3,5	11,3	2,4
Lohnstückkosten, real ^b		-0,7	-0,4	-2,5	-0,4
Produktivität ^c		1,3	0,8	1,5	1,2
Arbeitslose (1 000)		4 061	4 377	4 359	4 290
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,8	10,5	10,5	10,3
Erwerbstätige ^d (1 000)		38 671	38 246	38 213	38 351
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-77,5	-81,3	-84,0	-80,0
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-3,7	-3,8	-3,8	-3,6
Schuldenstand ^e		60,8	64,2	65,4	67,2
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		45,7	48,1	93,0	96,8

^aPrognose. — ^bArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^cBruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. — ^dInlandskonzept. — ^eIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Literatur

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2004). Via Internet (23. August 2004) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- Benner, J., K. Carstensen, K.-J. Gern, F. Oskamp und J. Scheide (2004). Euroland: Konjunktur verliert wieder an Fahrt. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- BGBI. I (Bundesgesetzblatt, Teil I) (2003). Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, 66. Bonn.
- BMWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) (2004a). Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. *Bundesarbeitsblatt* (2): 4–10.
- BMWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) (2004b). Informationsblatt über die wesentlichen Inhalte des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Arbeitslosengeld II). Stand: Juli 2004. Berlin.
- BMWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) (2004c). Erste Basisinformationen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Stand: Juli 2004. Berlin.
- Boss, A., und T. Elendner (2003). Steuerreform und Lohnsteueraufkommen in Deutschland – Simulationen auf Basis der Lohnsteuerstatistik. *Die Weltwirtschaft* (4): 368–387.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2004). Steuervergünstigungen in Deutschland: Eine Aktualisierung. Kieler Arbeitspapiere 1220. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., A. Kuhn, C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2004). Konjunkturerholung in Deutschland setzt sich in mäßigem Tempo fort. *Die Weltwirtschaft* (2): 139–152.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Kamps, C., C.-P. Meier und F. Oskamp (2004). Zur längerfristigen Entwicklung des Produktionspotentials in Deutschland. Kieler Diskussionsbeiträge. Institut für Weltwirtschaft, Kiel (in Vorbereitung).
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2004). *Economic Outlook*. Juni. Paris.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.) (2004). Auslandsproduktion und Produktionsverlagerung des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus. Via Internet (29. Juni 2004) <http://www.vdma.org/vdma_root/upload/downloads/ProdVerl.pdf>.